

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Conradi, Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Freimut Duve, Dr. Peter Eckardt, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Günter Graf, Achim Großmann, Gerlinde Hämmerle, Gabriele Iwersen, Renate Jäger, Dr. Ulrich Janzen, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Fritz Rudolf Körper, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Uwe Lambinus, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Christian Müller (Zittau), Michael Müller (Düsseldorf), Gerhard Neumann (Gotha), Doris Odendahl, Dr. Willfried Penner, Dr. Eckhart Pick, Rudolf Purps, Bernd Reuter, Dieter Schloten, Renate Schmidt (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Rolf Schwanitz, Erika Simm, Dr. Hartmut Soell, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Hans-Günther Toetemeyer, Siegfried Vergin, Hans Wallow, Barbara Weiler, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Inge Wettig-Danielmeier, Gudrun Weyel, Dieter Wiefelspütz und Berthold Wittich
— Drucksache 12/1870 —

Architekturbiennale in Venedig

Bei der 5. Architekturbiennale in Venedig (6. September 1991 bis 6. Oktober 1991) waren über achtzig Nationen vertreten. Die meisten nutzten diese Gelegenheit, das kreative und innovative Potential ihrer Architekten und Architektinnen einer internationalen Öffentlichkeit eindrucksvoll vorzustellen.

Dies gilt nicht für die Bundesrepublik Deutschland. Eine Einladung zu der Architekturbiennale wurde von der Bundesregierung zuerst nicht beantwortet, dann nach drei Monaten abgelehnt. Erst aufgrund vielfacher Interventionen wurde die Bedeutung der Präsentation erkannt, wurden vom Bundesministerium des Innern und Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – allerdings völlig unzureichende – Mittel bereitgestellt und der Bund Deutscher Architekten mit der Organisation beauftragt. Unter Zeitdruck entstand schließlich in sieben Wochen ein Beitrag, der von der Fachwelt als Blamage bezeichnet wurde.

Damit hat die Bundesregierung nicht nur mangelhaftes Gespür im Umgang mit der zeitgenössischen Architektur bewiesen. Sie hat auch

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Ursula Seiler-Albring, vom 5. Februar 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

gegen ihren Auftrag verstoßen, in Austausch und Dialog die kulturelle Wirklichkeit Deutschlands im Ausland zu präsentieren.

1. Welche Gründe haben die Bundesregierung dazu bewogen, erst mit erheblicher Verspätung der Einladung der Biennale nachzukommen?

Dafür gab es mehrere Gründe. Aufgrund der großen Aufgaben im Zusammenhang mit der deutschen Einheit gestaltete sich die Frage der Teilnahme auf der Architekturbiennale in Venedig schwierig.

Zudem lag das Grundsatzprogramm für diese Architekturausstellung erst im November 1990 vor. Als Veranstaltungszeit wurde zunächst der Zeitraum Mai bis Juli in Aussicht genommen, dann September/Okttober 1991 festgelegt. Auch die Finanzierung war über lange Zeit nicht gesichert.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt und dem Bund Deutscher Architekten konnte erfreulicherweise die Finanzierung und Durchführung gesichert werden. Auf dieser Grundlage wurden dann die Vorbereitungen zielstrebig betrieben.

2. Hält die Bundesregierung es dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland für dienlich, bei einer Präsentation der Architektur der achtziger Jahre in den Räumen des deutschen Pavillons mit einer Ausstellung über den Architekten Heinrich Tessenow (verstorben 1950) vertreten zu sein?

Die Bundesrepublik Deutschland zeigte auf der Architekturausstellung zwei Ausstellungsteile:

- Werk und Leben von Heinrich Tessenow,
- „Ausstellung junger Architekten“ durch den Bund Deutscher Architekten.

Historisches und auch die Gegenwart deutscher Architektur waren damit vertreten.

Planung und Durchführung des gesamten deutschen Beitrages lagen in Händen des Direktors des Deutschen Architekturmuseums, Professor Vittorio Lampugnani, der in Deutschland und Italien fachlich und persönlich großes Ansehen genießt. Ihm war gemäß langer und bewährter Praxis bei der künstlerischen Gestaltung des deutschen Beitrages im Rahmen der gegebenen Zeit weiter Ermessensspielraum eingeräumt.

Bedauerlich war, daß entgegen den Absichten der Bundesregierung und gegen die Bemühungen des deutschen Ausstellungskommissars die Ausstellung junger deutscher Architekten nicht im deutschen Pavillon selbst stattfinden konnte. Dies war aus räumlichen Gründen nicht möglich, schon die Tessenow-Ausstellung mußte reduziert werden. Es wurde nicht übersehen, daß damit eine Gesamtdarstellung und -wirkung der deutschen Architektur im Rahmen der Ausstellung nicht erreichbar war. Die Bundesregierung hat jedoch dieser Lösung den Vorzug vor einem völligen Verzicht auf diesen wichtigen Teil eines deutschen Bei-

trages gegeben. Die Reaktionen auf diesen Ausstellungsteil bestätigten die Richtigkeit dieser den Umständen entsprechenden Entscheidung.

Das deutsche Auftreten mit dem Werk Tessenows – mehr unter politisch-historischen als aus fachlichen Gründen Anlaß auch zu kontroverser Betrachtung – erfolgte nach eingehender Beratung mit fachlichen Stellen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie auch mit den Partnern in Italien. Seine Ausstellung in Frankfurt von Mai bis August 1991 war ein eindeutiger Erfolg bei der Fachpresse gewesen. Dasselbe galt von der italienischen Reaktion im Rahmen der Ausstellung in Venedig. Tessenow war und bleibt ein wichtiger Vertreter deutscher Architektur mit bedeutenden Impulsen auf dem Gebiet des Wohnhausbaus gerade auch für sozial schwache Bevölkerungsschichten. Nicht übersehen werden kann, daß sein Werk teilweise ideologisch vergangenheitsbelastet ist. Seine Berücksichtigung in Italien ging auch auf sein Ansehen dort zurück. Die Bundesregierung wird allerdings in Zukunft bei Ausstellungen im Architekturbereich noch stärker auf gegenwartsbezogene Leistungen setzen und Historisches weniger in den Vordergrund stellen als in diesem Fall.

3. Glaubt die Bundesregierung, mit der in den Kellerräumen des italienischen Pavillons präsentierten Diaschau und den Schautafeln aus einer BDA-Präsentation der internationalen Öffentlichkeit einen umfassenden und informativen Einblick in die aktuelle Baukultur der Bundesrepublik Deutschland gegeben zu haben?

Dieser Ausstellungsteil zeigt Werk und Architektur von 21 jungen Architekten aus Berlin, Darmstadt, Frankfurt und Köln und wurde ergänzt durch Kurzporträts von fünf namhaften Architekten, durch eine Tonbildschau deutscher Architektur des 20. Jahrhunderts und Informationen über Planen und Bauen im vereinten Deutschland.

Teile davon waren von namhaften Autoren erarbeitet worden und ab November 1990 mit großem Erfolg in Städten der östlichen Bundesländer gezeigt worden. Die Unterbringung dieses Ausstellungsteils war nicht ideal. Das beeinträchtigte zweifellos auch ihre Entfaltung vor den Augen des Publikums. Das Gastrecht im italienischen Pavillon zählt allerdings in sehr starkem Maße zu den positiven Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Gastland.

4. Warum hat die Bundesregierung es nicht für notwendig befunden, einen offiziellen Vertreter der Bundesregierung zur Eröffnung des deutschen Pavillons nach Venedig zu entsenden?

Bei der Eröffnung der Architekturbiennale am 6. September 1991 waren von deutscher Seite anwesend der Staatssekretär im Bundesbauministerium, Gerhard von Loewenich, der deutsche Generalkonsul in Mailand, Michael Engelhard, und seitens der deutschen Botschaft in Rom deren Kulturreferent, Botschaftsrat I. Klasse Dr. Klaus Heinemann.

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der deutsche Pavillon in Venedig für repräsentative Ausstellungen der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr zeitgemäß ist, insbesondere weil er aus der Zeit des Nationalsozialismus stammt?

Der deutsche Pavillon wurde 1938 erbaut. Er ist in seiner Anlage und Gestaltung Ausdruck damaliger deutscher ideologisch ausgerichteter Repräsentations- und Kulturvorstellungen. Er ist daher für uns eine durchaus problematische historische Erbschaft.

Die Bundesregierung stellt deshalb derzeit Überlegungen an, welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen sind. Veränderungen werden allerdings ggf. nur im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen in Italien vorgenommen werden können.